

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(11. - öffentliche - Sitzung am 15. August 2018)

**Beratungsthemen:**

1. a) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**  
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1087](#)
- b) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1196](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

Er votierte gegenüber dem - federführenden - Ältestenrat dafür, dem Landtag die Ablehnung des Antrages der Fraktion der AfD zu empfehlen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP  
*Ablehnung:* AfD  
*Enthaltung:* -

Der Ausschuss votierte gegenüber dem - federführenden - Ältestenrat dafür, dem Landtag die Annahme des Antrages der Fraktionen der SPD und der CDU zu empfehlen, und zwar in der Fassung des Änderungsvorschlages der Koalitionsfraktionen in Vorlage 1, der jedoch eine Inkrafttretensregelung hinzugefügt werden soll.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP  
*Ablehnung:* AfD  
*Enthaltung:* -

2. **Unterrichtung der Landesregierung über die Anrechnung besonderer Zuwendungen (sog. Opferrente) auf die Betriebsrenten Betroffener**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Antrag auf Unterrichtung zur Wahl von Schöffinnen und Schöffen**

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen bezüglich der vom Abg. Limburg aufgeworfenen Fragen zu unterrichten, soweit diese in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

4. **Antrag auf Unterrichtung zur Verschiffung des Tierarzneimittels „Beuthanasia-D“**

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Stand der Ermittlungen zu unterrichten.

5. **Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadenordnung anpassen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/351](#)

Der Ausschuss nahm zu dem Antrag eine Unterrichtung der Landesregierung entgegen und kam überein, die Beratung in der Sitzung am 5. September 2018 fortzusetzen.

6. **Angemessene Unterstützung der Betreuungsvereine für eine gute rechtliche Betreuung**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/846](#)

Der - federführende - Ausschuss beriet über den Antrag. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag in einer geänderten Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

7. **Konsequenzen aus Fall Shahroudi ziehen - Visapraaxis verbessern - Völkerstrafgesetzbuch und Strafprozessordnung anpassen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/967](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen brachte den Antrag in den Ausschuss ein. Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

8. **Vorbereitung einer Informationsreise nach Den Haag**

Der Ausschuss besprach den Programmentwurf der Landtagsverwaltung.

9. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kam überein, am 6. Februar 2019 im Justizministerium und am 6. oder 13. März 2019 im Landgericht Hannover zu tagen.